

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

GELD. ANGELEGENHEITEN.

Warum die angeblich heimlichen Hintermänner der Politik viel eher unheimlich als heimlich sind.

[Matthias Müller]

Sie alle wollen ihn. Sie alle führen ihn. Unabhängig davon, welche zeitgeistig opportune Ideologie ihn rechtfertigt. Ob linkes politisches Spektrum oder das rechte. Jedes autoritäre Machtkonstrukt sieht ihn als probates Mittel zur Durchsetzung seiner individuellen und doch schablonesken Weltrettungsfantasien: Den Krieg. Den betrüblicherweise regelmäßig wiederkehrenden Kulminationspunkt staatlicher Gewaltherrschaft. Er wird nach innen und außen geführt. Gegen Konkurrenten, Klassenfeinde, Häretiker und Oppositionelle. Legitimiert durch die widersprüchliche Annahme, eine Regierung habe Rechte, die der Einzelne nicht hat — ohne sich dabei an Pflichten halten zu müssen, die der Einzelne aufgrund seiner Natur als selbstverständlich betrachtet — zwingt eine Minorität von Tyrannen ihren Willen der Mehrheit auf. Seit Jahrtausenden. Und das nur, weil besagte Mehrheit glaubt, jemand hätte das Recht, sie zu beherrschen. Doch dieses Recht gab und gibt es nicht.

Das Herrschaftssystem macht uns lediglich glauben, dass dieses Recht existiere. Von Kindesbeinen an. Es lehrt, dass es moralisch

richtig sei, wenn eine kleine Gruppe „Auserwählter“ über das Leben der Masse bestimmt. Doch wenn ein Mensch selbst auf Basis simpler Naturrechte, Logik und Moral nicht das Recht hat, einen anderen Menschen aus einem Akt der Aggression heraus zu erschießen, dann kann er dieses Recht auch niemandem durch Wahl verleihen. Doch wer profitiert in einer vermeintlich aufgeklärten Welt vom permanenten Krieg? Oder von einem Weltkrieg? Sind es machtversessene Politiker, Ideologen und Despoten? Ist es die Rüstungsindustrie? Sind es mit dem militärisch-industriellen Komplex verwobene Konzerne wie Bechtel, mit einem Jahresumsatz von 31,4 Milliarden US-Dollar eines der größten Privatunternehmen der Vereinigten Staaten, die Milliarden an Zerstörung und Wiederaufbau verdienen? Ist es das leitmediale Konsenskonglomerat, das bei seinen sie üppig alimentierenden Herrschern um Pfründe, Prestige und Positionen buhlt?

Nein. Zwar profitieren alle genannten Parteien von ihrer Nähe zur Macht, dennoch sind auch sie nur Schachfiguren im geopolitischen Stratego der Kriegsführung. Die wahren Profiteure von Krisen

und Kriegen sind die globalen Torwächter des Finanzsystems. Genauer gesagt: Zentralbanken. Oder noch präziser: Die privaten Financiers der Zentralbanken.

Wie in zahllosen Fachbüchern und Reportagen seit Jahrzehnten immer wieder mahnend aufgezeigt wird, zeichnen angelsächsische und angloamerikanische Finanzeliten nicht nur verantwortlich für die Ursprünge der Eugenik, der Apartheid oder die Erfindung des Konzentrationslagers, sondern auch für beide Weltkriege. Ohne diese blutgetränkten Zäsuren gäbe es heute weder die UN noch das seit Bretton Woods herrschende Weltfinanzsystem. Ein System, von dem niemand außer den besagten Finanzeliten profitiert.

Die Cambridge University Press publizierte am 26. November 2013 ein Dokument mit dem Titel: „Die Bank von England, Montagu Norman und die Internationalisierung der Anglo-Irischen Finanzbeziehungen 1922 bis 1943“. Die Autoren beschreiben darin den Transformationsprozess des „Empire“ hin zum „Commonwealth“, das bis heute 56 Länder und zweieinhalb Milliarden Menschen

an die britische Krone bindet — sprich, den Strategiewechsel von der Unterwerfung durch militärische Eroberung hin zur Unterjochung durch Verordnungsstrukturen und finanzielle Abhängigkeiten. Montagu Norman war von 1920 bis 1944 Gouverneur der Bank of England. Seine im Archiv der Zentralbank abrufbaren Terminkalender geben einen Einblick in das Wirken des Mannes. Nach einer kontrovers diskutierten Rede vor Bankierskollegen im Jahr 1924 blieb der einflussreiche Finanzmagnat der Nachwelt unter anderem mit folgenden Zeilen in Erinnerung:

„Das Kapital muss sich auf jede erdenkliche Weise schützen, sowohl durch Zusammenschlüsse als auch durch Gesetze. Schulden müssen so schnell wie möglich eingetrieben und Hypotheken zwangsversteigert werden. (...) Wenn die einfachen Leute auf Basis rechtlicher Prozesse ihre Häuser verlieren, werden sie gefügiger und durch den starken Arm der Regierung, der von einer zentralen Macht des Wohlstands unter führenden Financiers geleitet wird, leichter regierbar.“

Wie das internationale Zentral-

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

bankenkartell sich und sein Kapital schützt, veranschaulicht ein Absatz aus den im haus-eigenen Archiv schlummernden Gründungsstatuten der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIS). In Artikel zehn kann man demzufolge nachlesen:

„Die Bank, ihr Eigentum und ihre Vermögenswerte sowie alle ihr anvertrauten Einlagen und sonstigen Gelder sind in Friedens- und Kriegszeiten immun gegen jegliche Maßnahmen wie Enteignung, Beschlagnahme, Konfiszierung, Verbot oder Einschränkung der Ausfuhr oder Einfuhr von Gold oder Devisen sowie gegen jegliche andere Maßnahme.“

Sprich: Man steht über dem Gesetz. Und tatsächlich verfügt das mächtigste Finanzinstitut der Welt über allerlei Sonderrechte. Es hat einen eigenen Sicherheitsdienst, steht auf exterritorialem Gebiet mitten in Basel und kann seinen Mitarbeitern Immunität vor Strafverfolgung bieten. Zeitungsarchive dokumentieren die zentrale Rolle, die die BIS seit ihrer Gründung im Jahr 1930 für das Weltfinanzsystem einnimmt. Die jährliche Generalversammlung der BIS, an der Repräsentanten aller 63 angeschlossenen Zentralbanken teilnehmen, dürfte das wichtigste Meeting eines jeden Jahres sein. Auch wenn kaum jemals darüber berichtet wird. Der YouTube-Kanal der Bank zeigt überdies, wohin die Reise in punkto digitalem Zentralbankgeld geht. Denn die BIS arbeitet fieberhaft an entsprechenden Transaktionsprozessen, Softwarelösungen und einem zentralen „Ledger“ (Hauptbuch, fin.), das die Schaltstelle zentralbankregulierter Währungskonversion werden dürfte. Außerdem: Wo Yuval Noah Harari als hofierter Gastredner empfangen wird, passiert selten etwas Gutes.

Wem Krisenkapitalismus, Kolonialismus, Eugenik, zwei Weltkriege

und der Knotenpunkt des CBDC-Systems von morgen noch nicht genügen, um Motivation, Ziele und Skrupellosigkeit der Bankenkartelle erfassen zu können, dem sei ein vertiefter Blick auf die amerikanische Geschichte empfohlen.

Beginnen wir mit einer Beschreibung der Umstände, die zur amerikanischen Revolution führten, die 1765 begann und 1783 in der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten mündete. Der Aufstand gegen die britische Kolonialmacht begann in den dreizehn Kolonien, die das britische Imperium ab 1607 an der nordamerikanischen Atlantikküste etablierte. Dreh- und Angelpunkt der schwelenden Konflikte zwischen Kolonien und Krone war die von London diktierte Fiskalpolitik. Denn während die Kolonien bemüht waren, finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen und eigene Währungen herauszugeben, bestand König Georg III. darauf, die Kontrolle über das koloniale Währungssystem in Übersee zu behalten. Dazu erließ er verschiedene Gesetze, die sowohl die Gründung lokaler Banken als auch die Herausgabe eigener Banknoten einschränkte, festgehalten im „Currency Act“ von 1751 und 1764.

Ziel des britischen Parlamentes war stets, seinen amerikanischen Kolonien ein Währungssystem auf Grundlage des Pfund Sterling aufzupropfen. Da man in London die Ansicht vertrat, die Kontrolle kolonialer Währungen sei zu komplex, erklärte man diese schlicht für wertlos — was in der Konsequenz bedeutete, dass die Kolonien ihre Schulden gegenüber Großbritannien nicht mit eigenem, zinsfreien Geld abtragen konnten, sondern gezwungen waren, Kredite bei der Bank of England aufzunehmen. Angesichts eines signifikanten Handelsdefizits gegenüber Großbritannien regte sich infolgedessen zusehends Unmut in den

Kolonien.

Am 4. Juli 1776 erklärten die Vereinigten Staaten offiziell ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Das hielt die angelsächsische Bankierskaste allerdings nicht davon ab, im Jahr 1791 die erste Zentralbank der USA zu gründen — die „First Bank of the United States“. Offiziell wird die Gründung dieses Finanzinstituts einer Initiative des US-Gründervaters Alexander Hamilton zugeschrieben, dessen Antlitz bis heute die 10-Dollar-Note ziert. Tatsächlich gehörten jedoch mindestens 70 Prozent der ersten amerikanischen Zentralbank privaten britischen Investoren. Namentlich zum Beispiel dem Haus Rothschild, das zu dieser Zeit nicht nur die Finanzwelt Großbritanniens dominierte. Für geordnete Verhältnisse auf dem Finanzmarkt sorgte die Gründung der First Bank of the United States jedenfalls nicht. Im Gegenteil.

Bereits im Gründungsjahr der Bank lancierte Alexander Hamilton als amtierender Finanzminister den ersten „Bailout“ der US-Geschichte. Dies, weil der Kurs der Zentralbankaktien (BUS) von 25 Dollar am 4. Juli sprunghaft auf 312 Dollar am 11. August angestiegen war. Die so entstandene Finanzblase platzte zuerst in New York. Panik breitete sich aus. Die BUS-Papiere verloren binnen 48 Stunden die Hälfte ihres Wertes. Ein Zusammenbruch des Finanzmarktes zeichnete sich ab. Um einen Kollaps abzuwenden, stützte Hamiltons Finanzministerium das System. Über Frontorganisationen in New York und Philadelphia ließ er 560.000 US-Dollar in den Markt pumpen. Nach heutigen Maßstäben bis zu 80 Milliarden. Das Credo damals wie heute: Gewinne privatisieren — Verluste sozialisieren.

Nur gut sechs Monate später, im Frühjahr 1792, drohte der

Finanzmarkt erneut zusammenzuberechnen — und wieder stützte Hamiltons Behörde den Finanzmarkt mit staatlichen Mitteln. Als die Lizenz der in Missgunst geratenen First Bank of the USA anno 1811 zur Erneuerung anstand, stimmte der US-Kongress dagegen. Das angelsächsische Bankenkartell schäumte vor Wut, während einflussreiche US-Politiker wie Thomas Jefferson und Andrew Jackson nach dem initialen Zentralbankdesaster dafür plädierten, das amerikanische Volk selbst über seine Zahlungsmittel entscheiden zu lassen — nicht die Vertreter von Partikularinteressen aus London. Die aufgrund territorialer Anspruchshaltung ohnehin angespannte Lage zwischen den Vereinigten Staaten und ihrer einstigen Kolonialmacht verschärfte das nur. Nicht wenige Amerikaner halten die Absage an eine von britischem Kapital dominierte Zentralbank gar für den ausschlaggebenden Grund des Zweiten Unabhängigkeitskrieges, der zwischen 1812 und 1815 weitere 17.000 Soldaten das Leben kostete und den britischen Imperialisten recht deutlich vor Augen führte, dass die USA militärisch nicht mehr zu bezwingen waren.

Nathan Mayer Rothschild, seinerzeit einflussreichster Bankier des Empire, soll den Vereinigten Staaten für den Fall, dass die Lizenzverlängerung für die Zentralbank nicht genehmigt werde, offen gedroht und einen vernichtenden Krieg angekündigt haben. Obwohl man sich gut vorstellen kann, dass die Entwicklungen in der ehemaligen Kolonie einen Rädelsführer der Bankenmafia nicht wirklich verzückten. Interessant ist in diesem Kontext, was sich zu Nathans Wirken im offiziellen Familienarchiv der Rothschilds findet:

„Durch seinen Erfolg ermutigt, ließ

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

sich Nathan wahrscheinlich 1804 in London als Kaufmann registrieren und zog nach London, um sich als Bankier niederzulassen. 1809 gründete er N.M. Rothschild in New Court, St Swithin's Lane in der City of London. Das Geschäft in Manchester wurde von einem von Nathans Angestellten, Joseph Barber, übernommen, und das Unternehmen stellte 1811 endgültig den Handel unter dem Namen Rothschild ein. Der vorübergehende Zugang zu Geldern, die das Haus Rothschild in Frankfurt für Wilhelm IX. von Hessen-Kassel anlegte, erweiterte den Umfang von Nathans Londoner Geschäften erheblich. Diese basierten auf profitablen Spekulationen mit britischen und ausländischen Wertpapieren und erfolgreichem Handel mit Devisen und Goldbarren. 1814 war es Nathan, der den prestigeträchtigen Auftrag der britischen Regierung zum Kauf und Transport von Goldmünzen zur Finanzierung von Wellingtons Armee auf dem Kontinent erhielt. Nach dem Sieg Wellingtons bei Waterloo erhielt das Londoner Haus einen weiteren Auftrag zur Abwicklung englischer Subsidienzahlungen an die europäischen Verbündeten. Die Position von Nathan Rothschild als führendem Handelsbankier der City wurde 1826 gefestigt, als die Firma mit einer sofortigen Goldspritze eingriff, um die Bank of England zu retten. Nathans London House gab zwischen 1818 und 1835 26 britische und ausländische Staatsanleihen aus und brachte 1824 die Alliance Assurance Company (heute RSA Insurance Group) an die Börse.“

Der kurze Auszug aus der Vita des Bankiers verdeutlicht, welche Rolle die Finanzeliten im Staat seit jeher einnehmen. Sie verfügten über die Macht, faktisch die liquiden Mittel des Staates zu kontrollieren. Die Bankiers des Empire missbrauchten den

Staatsapparat für die Verfolgung ihrer übergeordneten Interessen. Die 1450 beginnende Timeline der Familienchronik bestätigt diesen Eindruck. Gleiches gilt für das Wirken von „Räuber-Baronen“ wie John Pierpont Morgan, der schon in jungen Jahren über mehr Geld verfügte als die US-Regierung und zwei Mal im Alleingang das amerikanische Finanzsystem vor dem Kollaps bewahrte. In einer Dokumentarsendung vom Februar 2024 nannte ihn das ZDF den ersten „Turbo-Kapitalisten der Welt“, zeitweise kontrollierte er mehr als die Hälfte des US-Eisenbahnnetzes, über zwei Drittel der Stahlindustrie und war mehrheitlich beteiligt an den aufstrebenden Industrien Elektrizität, Automobil und Telekommunikation. Seine Bank J.P. Morgan war die mächtigste und größte Bank der Welt. Oder für die Rockefeller Familie, die den ersten Milliardär der Welt aufzubieten hat und auch 2024 noch Platz 42 auf der Forbes-Liste einnimmt — und die mit David Rockefeller wohl einen der umtriebigensten „Philanthropen“ aller Zeiten hervorbrachte.

Obwohl die Lizenz der ersten US-Zentralbank 1811 nicht verlängert wurde und die Vereinigten Staaten 1815 den Krieg gegen Großbritannien gewannen, ging das Kalkül des britischen Kapitals schlussendlich trotzdem auf. Londons Banker hatten nämlich unversehrt darauf spekuliert, dass ein weiterer Krieg entweder darauf hinauslaufe, die Abtrünnigen zu rekolonialisieren oder sie endgültig in die Schuldknechtschaft zu treiben, so dass der US-Kongress gezwungen wäre, eine neue Zentralbanklizenz auszustellen, um Liquidität über teure Kredite herzustellen — und genau so kam es. Schon 1816 genehmigte die US-Regierung aufgrund der prekären finanziellen Lage des Landes eine neue Zentralbanklizenz. Die „Second Bank of the United

States“ entstand. Zum zweiten Mal hatte das mafiös operierende Kapital der City of London Kontrolle über die fiskalischen Belange der USA erlangt.

4.000 Privatinvestoren hielten circa 80 Prozent des Kapitals der neuen Zentralbank. Davon 3.000 Europäer. Der größte Teil des Kapitals befand sich in Händen einer Handvoll superreicher Financiers. Doch auch dieses Mal sollte das räuberische Modell nicht lange funktionieren. 13 Jahre lang schaffte es die neue Zentralbank, die Fassade einer nützlichen Institution aufrecht zu erhalten. Dann wurde Andrew Jackson als siebter Präsident der USA vereidigt. Er sah in der von britischem Geld dominierten Zentralbank eine korrupte Institution und Gefahr für die freiheitliche Gesellschaftsordnung Amerikas.

Davon rückte er trotz massiver Beschwichtigungsversuche seitens Bankenlobby und Empire-Sympathisanten nicht ab. Eine Verlängerung der auf 20 Jahre geltenden Zentralbanklizenz stand für Jackson nicht zur Debatte. Der infolgedessen entstandene Konflikt zwischen Zentralbankgegnern und -befürwortern ging als „Bank War“ in die Annalen ein und dominierte den Präsidentschaftswahlkampf 1832. Jackson gewann. Wie angekündigt entmachtete er die Zentralbank, indem er 1833 alle Bundeseinlagen abzog und diese per Exekutivorder auf eine Handvoll Privatbanken verteilte — was der regulativen Rolle der zweiten Zentralbank Amerikas ein abruptes Ende setzte. Drei Jahre vor Auslaufen der 1816 erteilten Lizenz.

Jacksons Triumph über die angelsächsische Bankenmafia folgte die „Free banking“-Ära. Im Zeitraum von 1837 bis 1862 existierten ausschließlich Geschäftsbanken, keine Zentralbank. Texas, Arkansas, Iowa und Kalifornien

verboten Bankdienstleistungen sogar generell. Banking war dort de facto illegal. In den meisten Bundesstaaten bedurfte es weiterhin einer Lizenz, um eine Bank zu gründen. Da diese Restriktion die Monopolbildung begünstigte, erließ der Bundesstaat Michigan kurz nach seiner Gründung im Jahr 1837 den „Free Banking Act“. Ein Jahr später folgte New York diesem Beispiel.

Der Finanzmarkt der USA veränderte sich drastisch. Deregulierung machte es in vielen Bundesstaaten einfacher, eine Bank zu gründen. Sie schossen wie Pilze aus dem Boden. Dafür sank ihre Halbwertszeit auf durchschnittlich fünf Jahre. Viele gingen schlicht an ihren maladen Geschäftspraktiken zugrunde. In anderen Regionen war Banking verboten. Man zahlte mit Gold und Silber. Texas versuchte es mit einer eigenen, bundesstaatlichen Währung. Da es jedoch keine Infrastruktur gab, um die neuen Banknoten unters Volk zu bringen, blieben diese wertlos. In den „Free banking“-Staaten kam eine Vielzahl neuer Währungen in Umlauf. Denn nun konnte praktisch jedes Unternehmen seine eigene anbieten. Das sorgte zeitweilen für Chaos — dafür verschuldete sich die Nation nicht heillos bei einem von Finanzmafiosi kontrollierten Zentralbanksystem, das sich systematisch am Besitz der Bevölkerung bereichert. Selbst Alan Greenspan, von 1987 bis 2006 Chef der heutigen US-Zentralbank, räumte bei einer Rede am 2. Mai 1998 ein:

„Obwohl das freie Bankwesen nicht so frei war wie allgemein angenommen, war es auch nicht annähernd so instabil. Die Wahrnehmung der Ära des freien Bankwesens als eine Ära des wilden Bankwesens, das von finanzieller Instabilität und insbesondere von weitverbreiteten, erheblichen Verlusten für Anleihegläubiger

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

geprägt war, erweist sich ebenfalls als übertrieben. Neuere Forschungen haben gezeigt, dass Pleiten freier Banken nicht so häufig vorkamen und die daraus resultierenden Verluste für Anleihegläubiger nicht so schwerwiegend waren, wie frühere Historiker behauptet hatten.“

Dann kam der Sezessionskrieg. Der „Civil War“. Die US-Regierung in Form der „Union“ war mit Kriegsbeginn 1861 auf ein einheitliches Zahlungsmittel angewiesen, um landesweit Munition bezahlen zu können. Wieder bot sich das Bankenkartell dem amtierenden Präsidenten an – dieses Mal Abraham Lincoln – um den Krieg gegen die abgespalteten „Konföderierten“, die Verteidiger der Sklaverei zu finanzieren. Zu einem völlig überzogenen Zinssatz. Doch auch Lincoln war kein Freund des Zentralbankensystems. Er lehnte ab und beschloss, von seiner Regierung eine landesweit gültige Währung auflegen zu lassen. Den Greenback. In den Jahren 1863 und 1864 verabschiedete der US-Kongress zusätzlich zwei neue Gesetze – die National Banking Acts – mit denen die neue Landeswährung der Vereinigten Staaten als solche zementiert, einheitliche Regeln für den Finanzmarkt geschaffen und die schuldentreibende Kreditaufnahme bei einer Zentralbank künftig vermieden werden sollten. Das erklärte Ziel: Finanzielle Autonomie.

Im Frühjahr 1863 verzeichnete der Greenback einen Kurs von 152 zu 100 Gramm Gold. Der Tiefpunkt seines Wertes war im Juli 1864 erreicht. Für 100 Gramm Gold musste man 258 Greenbacks auf den Tisch legen. 1865 stoppte die US-Regierung das Drucken von Greenbacks und beschränkte die Umlaufmenge des Geldes. Danach stieg der Kurs des Greenback, bis er im Dezember 1878 Parität mit

Gold erreichte und eins zu eins umgetauscht werden konnte. 1878 waren seine Tage trotz allem gezählt. Und 1879 wurden die letzten Scheine aus dem Verkehr gezogen.

Frankreich und Großbritannien unterstützten derweil eifrig die Konföderation, erwogen während des Sezessionskrieges gar einen gemeinsamen Angriff auf die USA, um Lincolns bankenfeindliche Union in die Schranken zu weisen. Dies wurde lediglich durch die Präsenz der mit Lincoln kooperierenden russischen Marine verhindert. Russland hatte kurz zuvor ebenfalls das Zentralbankensystem abgeschafft und seine Währungsangelegenheiten selbst in die Hand genommen. Die Union gewann den „Civil War“. Doch Widerstand hat seinen Preis. Kurz nach Ende des Krieges, am 14. April 1865, wurde Abraham Lincoln erschossen. Es war das erste Attentat auf einen US-Präsidenten. Und auf der Suche nach den Schuldigen denken bis heute nicht wenige Amerikaner zuvorderst an die gewissenlose Bankenmafia. Wenig verwunderlich. War der Zeitraum zwischen 1781 und 1878 doch geprägt von einem erbitterten Ringen der jungen Nation um finanzielle Selbstbestimmung.

Auch auf Lincoln folgende US-Präsidenten wie Andrew Johnson (1865 bis 1869), James Garfield (März 1881 bis September 1881) und William McKinley (1897 bis 1899) sprachen sich gegen ein Zentralbankensystem aus. Doch Garfield und McKinley fielen ebenfalls einem Attentat zum Opfer. Und das Wirtschaftswachstum der sich aufschwingenden Supermacht implizierte bereits im ausgehenden 19. Jahrhundert, dass der US-Finanzmarkt in absehbarer Zeit stärker reguliert werden müsse. Das Bankenkartell kam unter Zugzwang. Es musste verhindern, dass besagte Regulierung sie und

ihr räuberisches Zentralbankmodell negierte. Denn kämen die Vereinigten Staaten ohne Zentralbank aus, könnte das Signalwirkung für den Rest der Welt haben.

Einer solchen Entwicklung planten die Banker mit dem Aldrich Plan zuvorzukommen. Den Anfang vom Ende finanzieller Autonomie markierte ein geheimes Treffen auf Jekyll Island, einer 23 Quadratkilometer großen Insel vor der Küste des US-Bundesstaates Georgia. Das Eiland ist Sitz des unter anderem von J.P. Morgan, William K. Vanderbilt und Joseph Pulitzer frequentierten Jekyll Island Club. Dort trafen sich am 22. November 1910 US-Senator Nelson Aldrich, Schwiegervater des Erben der Rockefeller-Dynastie, John D. Rockefeller Jr. und eine zentrale Figur im Finanzausschuss des Senats, wo er die Geldpolitik der USA verantwortete – sowie eine illustre Delegation einflussreicher Bankiers: A. Piatt Andrew, stellvertretender Finanzminister, Frank Vanderlip, Präsident der National City Bank of New York, Henry P. Davison, Seniorpartner bei J.P. Morgan, Benjamin Strong Jr., Partner von J.P. Morgan und Präsident des Bankers Trust sowie Paul Warburg, Erbe der Bankiersfamilie Warburg und Schwiegersohn von Solomon Loeb, der sich mit seiner New Yorker Investmentfirma Kuhn, Loeb & Company über die Landesgrenzen hinaus einen Namen gemacht hatte. Ziel des Bankenkartells war es, mit dem servilen Aldrich eine Gesetzesvorlage zu erarbeiten, die zur Installation einer Zentralbank führen und die unabhängige Kontrolle dieser Institution verunmöglichen würde.

Als man den binnen neun Verhandlungstagen entwickelten Aldrich Plan 1912 der Öffentlichkeit präsentierte, stieß dieser auf massiven Widerstand. In Anbetracht des Gegenwinds aus der

Bevölkerung sah sich auch das US-Repräsentantenhaus dazu gezwungen, die Vorlage abzulehnen.

Die Diskussion um eine Finanzmarkt- und Bankenreform bestimmte daraufhin die Präsidentschaftswahlen von 1912, bei denen sich die Demokraten unter Führung von Woodrow Wilson durchsetzen konnten – weil sie den Aldrich Plan angeblich ablehnten und sich gegen die Schaffung einer Zentralbank aussprachen. Doch Woodrow Wilson war ein Lügner. Ungeachtet seiner feurigen Wahlversprechen unterschrieb er noch am Tag seines Amtsantritts als neuer Präsident und nur gut ein Jahr nach dem Meeting auf Jekyll Island die „Banking Bill“ – besser bekannt als Federal Reserve Act – ein Gesetz, das nahezu alle Elemente des Aldrich Plans enthält. Durch den Kongress brachte man das Gesetz übrigens nur, weil es am Weihnachtsfeiertag 1913 vorgelegt wurde, an dem viele Zentralbankkritiker zu Hause geblieben oder verreist waren. Um einen Aufstand der amerikanischen Bevölkerung zu vermeiden, die das Konzept einer privat bzw. von englischen Banken kontrollierten Zentralbank, wie oben erwähnt, mehrheitlich entschieden ablehnten, lancierten die Bankiers zusammen mit den mit ihnen verbündeten Medien eine umfangreiche Werbe- und Pressekampagne, die den Eindruck erweckte, dass die neu zu schaffende Zentralbank im Besitz des Staates, somit Eigentum des amerikanischen Volkes sein würde. Diese Verschwörung war so erfolgreich, dass ein Großteil der US-amerikanischen Bevölkerung bis heute der Ansicht ist, die US-Notenbank wäre ein staatliches Institut. Tatsächlich ist sie jedoch eine Privatbank, ihre Eigentümer sind Privatpersonen – teils aus den USA, teils aus der City of London.

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

Tatsache ist auch, dass zahlreiche Politiker von Anfang an und zeit- lebens gegen dieses System der institutionalisierten Plünderung gekämpft haben. Als Beispiel sei Louis T. McFadden genannt. Er war ein US-amerikanischer Politiker und von 1915 bis 1935 republikanischer Abgeordneter für Pennsylvania im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten. McFadden war ein entschiedener Gegner der Federal Reserve und sprach sich wiederholt und sehr kritisch gegen deren Praktiken aus. Im Juni 1932 hielt er vor dem Repräsentantenhaus eine flammende Rede, in der er die finsternen Geschäftspraktiken der Zentralbank anprangerte:

„Herr Vorsitzender, wir haben in diesem Land eine der korruptesten Institutionen, die die Welt je gesehen hat. Ich meine das Federal Reserve Board und die Federal Reserve Bank. Das Federal Reserve Board, ein Regierungsgremium, hat die Regierung der Vereinigten Staaten um genug Geld betrogen, um die Staatsschulden zu bezahlen. Die Plünderungen und Ungerechtigkeiten des Federal Reserve Board und der Federal Reserve Bank haben dieses Land zusammen genug Geld gekostet, um die Staatsschulden mehrfach zu bezahlen. Diese böse Institution hat das Volk der Vereinigten Staaten verarmt und ruiniert.“

Die Verabschiedung des Federal Reserve Acts markierte 1913 einen Paradigmenwechsel auf dem Feld des „International Banking“. Anstatt nur den Finanzmarkt einer Nation zu kontrollieren und sich die jeweilige Regierung durch Schuldknechtschaft gefügig zu machen, trachtete das vom Erfolg in den USA beflügelte Bankenkartell nun nach globaler Marktconsolidierung. Ziel: die weltumspannende Zentralisierung, Koordination und Kontrolle von Finanzmacht. Und damit von Regierungen, Wirtschaft und

Gesellschaft. Ein omnipotentes Imperium auf Basis von Verträgen, Verordnungen, Verpflichtungen und Verbindlichkeiten. Empire, Commonwealth, Global Governance — so die Evolutionsstufen der Machtergreifung.

Viele Länder Europas befanden sich während des über Generationen andauernden Gerangels um die Etablierung einer Zentralbank in den USA längst im Würgegriff der Bankenmafia. Bereits 1668 wurde mit der schwedischen Riksbank das erste als Zentralbank betitelte Kreditinstitut aus der Taufe gehoben.

1694 wurde die Bank of England gegründet, das einflussreichste Geldinstitut seiner Ära. Und am 16. Januar 1800 legte Napoleon den Grundstein für die Banque de France. Sie sollte sich der Stabilisierung der Währung und Schaffung von Liquidität widmen, weil sich das französische Bargeld seit der Revolution grassierender Hyperinflation ausgesetzt sah. Diese frühen Zentralbanken brachten private Noten in Umlauf, die als offizielle Landeswährung fungierten. Auf deren Her- und Bereitstellung hatten sie quasi ein Monopol.

Die primäre Aufgabe bestand also darin, ein stabiles Inlandszahlungsmittel herauszugeben und die Umlaufmenge des Geldes zu kontrollieren. Darüber hinaus versorgten die Zentralbanken den jeweiligen Staat mit Liquidität. Dazu verkaufen Zentralbanken Staatsanleihen, also festverzinsliche Wertpapiere des Staates, was nichts anderes als ein Handel mit Schuldscheinen ist, die den Besitzer berechtigen, Geld vom Staat zu fordern. So gesehen ist die Emission von Staatsanleihen eine Form des Crowdfunding. Will sich ein Staat ein paar Milliarden leihen, wird dieser Betrag durch Staatsanleihen auf eine große Anzahl von Anleger verteilt. Im

Gegenzug verpflichtet sich der Staat, den Gläubigern nach Ablauf der Laufzeit den Nennwert der Anleihe auszuzahlen und regelmäßig Zinsen auszuschütten.

Wenn der notorisch klamme Staat also wieder Geld von der Zentralbank leihen will, gibt diese Schuldscheine heraus und verkauft sie der Bevölkerung. Staatsanleihen gelten als besonders sichere Anlageform.

In der Realität sinken die Renditen auf Staatsanleihen, abgesehen von ein paar kurzen Verschnaufpausen, seit den 1990er-Jahren konstant. Erzielte man mit deutschen Bundesanleihen vor 30 Jahren noch um acht Prozent, sind es im Mai 2024 im Schnitt noch 2,53 Prozent, je nach Papier. Zu Beginn der Coronakriserutschten nicht wenige unter die Nulllinie — darunter auch Anleihen so finanzstarker Staaten wie Deutschland, Österreich, den Niederlanden oder der Schweiz, wo die Rendite von eidgenössischen Bundesobligationen nur noch bei 0,649 Prozentpunkten liegt. Kein Wunder: denn die vom Finanzmarktkartell gemolkenen Staaten sind pleite. Allesamt. Die Staatsverschuldung in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) beläuft sich in den USA auf 122, in Großbritannien auf 101 und in Deutschland auf 63 Prozent (Stand: 12/2023). Würde der Staat keine neuen Schulden aufnehmen und stattdessen monatlich eine Milliarde Euro tilgen, so wäre die Staatsverschuldung frühestens im Jahr 2232 abgetragen. Jeder denkende Mensch weiß, dass das niemals geschehen wird.

Es wird deutlich: Die Staaten dieser Welt sind nicht nur pleite, sie haben auch keinerlei realistische Chance, ihre Schulden jemals abzutragen. Sie sind der Bankenmafia und deren nachgeordneten Globalistenzirkeln ausgeliefert.

Wie der Zufall es will, entstand die Federal Reserve Bank (FED) nur ein Jahr vor Beginn des Ersten Weltkrieges; jener blutigen, von angloamerikanischen Eliten provozierten Zäsur, die eine vollständige Internationalisierung des Zentralbankensystems erst ermöglichte.

Zwölf Jahre nach Kriegsende gründete die Finanzmarktmafia die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Vorgeblich, um die Reparationszahlungen Deutschlands abzuwickeln. Damit ist die BIZ die älteste internationale Finanzorganisation der Welt. Mitglied der im Oktober 1929 konferenzierenden Expertenkommission zur BIZ-Gründung war auch NSDAP-Mitglied Hjalmar Schacht, „Hitlers Banker“, von 1923 bis 1939 fast durchgehend Reichsbankpräsident und von 1934 bis 1937 zusätzlich Reichswirtschaftsminister des NS-Regimes.

Stufe zwei der geostrategischen Rekalibrierung des Finanzmarktes wurde gezündet. Nachdem die US-Finanzeliten in den 1930er-Jahren zunächst einen faschistischen Diktator im eigenen Land installieren wollten, damit jedoch scheiterten, finanzierten sie Adolf Hitler. „Märkte lieben totalitäre Regierungen“, wie Larry Fink (CEO BlackRock) zu sagen pflegt. Die Banker hatten Hitlers Buch gelesen, und wussten: er war genau der „nützliche Idiot“, den man brauchte. Er würde Deutschland und Mitteleuropa an die Wand fahren, so dass der Weg frei würde für die Übernahme des Weltfinanzsystems durch die Wallstreet.

Und es kam wie geplant. Am 1. Juli 1944, zwei Monate vor der offiziellen Einstellung der Kampfhandlungen, legte das supranationale Bankenkartell mit der Bretton-Woods-Konferenz den Grundstein für das bis dato herrschende Finanzsystem. Die angloamerikanischen Machtzirkel hatten es eilig.

Schwere Kost

[Lesestoff, der nicht leicht zu verdauen ist.]

Mit ihrer Führungsrolle in puncto Nachkriegsordnung wollten sie sicherstellen, dass der von der Federal Reserve kontrollierte US-Dollar zur globalen Leitwährung erhoben wird.

Dann ging es Schlag auf Schlag. Als direkte Kriegsfolge entstanden 1945 die Weltbank, der IWF (Internationaler Währungsfonds) – wobei der IWF eher eine Bank und die Weltbank eher ein Fonds ist – und die Vereinten Nationen. 1948 wurde die People's Bank of China gegründet, die chinesische Zentralbank. 1973 wurde SWIFT ausgerollt, das sanktionsfreudige SWIFTNet-Datenverarbeitungs- und Kommunikationssystem, das den internationalen Zahlungsverkehr sowie die Interbankenkommunikation zentralisieren, sichern und vereinfachen sollte. Ein System, das nach eigenen Angaben vertrauliche Daten seiner Kunden mit europäischen und amerikanischen Sicherheitsbehörden teilt. Ultimative Sicherheit scheint aber auch SWIFT nicht zu bieten. 2016 erbeuteten Hacker 81 Millionen Dollar, weil sie in das SWIFT-System der Zentralbank von Bangladesch eindringen konnten.

Daneben sind die Bankenkartelle selbstredend auch integraler Bestandteil des „War on Drugs“, des Krieges gegen Drogen, den speziell US-Präsidenten immer wieder gerne ausrufen. Ob Reagan, Nixon, George H.W. Bush, Clinton oder Obama – alle beteuerten sie, sich des ausufernden Drogenproblems

der USA anzunehmen. Mit dem jeweils gleichen Ergebnis: dem Ausbau des Polizeistaates. Die Menge der in Umlauf befindlichen Drogen wuchs natürlich weiterhin an. Neue Wege der Geldwäsche taten sich auf. Und der Markt floriert wie nie. Denn gerade in den USA, wo vor allem die CIA mehr als einmal des Drogenhandels im großen Stil überführt wurde – siehe Covert Action Info Bulletin vom Sommer 1987 –, haben weder Staat noch Finanzmarkt ein Interesse daran, diesen einzudämmen. Im Gegenteil.

Die Finanzströme aus dem internationalen Drogenhandel sind ein vitaler Bestandteil des Weltwirtschaftssystems. Neben Chemie- und Pharmaprodukten, Lebensmitteln und fossilen Energieträgern sind Drogen der viertgrößte Handelsposten, wie ein 64 Seiten umfassender UN-Report 1998 detailliert darstellte. Damals belief sich das Jahresvolumen des Drogenhandels noch auf circa 400 Milliarden US-Dollar. Zumindest offiziell. 2011 erklärte ein 140 Seiten starker Report des United Nations Office on Drugs and Crime (UNODC), dass Drogenhändler im Jahr 2009 gut 1,6 Billionen Dollar am internationalen Finanzmarkt gewaschen haben.

Wie der GUARDIAN am 13. Dezember 2009 auf Basis eines Interviews mit dem damaligen Leiter des UNODC ausführt, wäre das Finanzsystem im Rahmen der Krise 2007/2008 vermutlich kolla-

biert – hätte es nicht zig Milliarden Dollar aus dem Drogenhandel „absorbiert“. Gelder aus solchen illegalen Geschäften seien zu diesem Zeitpunkt „das einzige liquide Investmentkapital gewesen, das die Märkte vor dem Zusammenbruch bewahren konnte“.

Den Hang zur Kriminalität der Finanzkartelle unterstreicht auch das ungeheuerliche Treiben der gemäß eines beim US-Justizministerium katalogisierten Buches „anrühigsten Bank der Welt“, der Bank of Credit and Commerce International (BCCI). Die 1972 gegründete und in Luxemburg registrierte Bank hatte auf dem Höhepunkt ihrer Geschichte mehr als 400 Niederlassungen in 78 Ländern und verwaltete Einlagen von gut 25 Milliarden US-Dollar. Damit war sie zeitweise die siebtgrößte Privatbank der Welt. Kerngeschäft der BCCI: Geldwäsche, Bestechung, Waffenhandel, Steuerhinterziehung, Terrorismusfinanzierung, Schmuggel, Prostitution, Menschenhandel und der Verkauf von Nukleartechnologie.

Die BCCI wusch Milliarden für mexikanische und kolumbianische Drogenkartelle. Beratungsunternehmen wie Price Waterhouse oder Ernst & Young spielten mit. Sie ignorierten oder vertuschten, dass BCCI eigentlich schon ab 1977 insolvent war und ihrem Gründer, Agha Hasan Abedi, zu ganz anderen Zwecken diente. Denn die Bank war ein CIA-gesteuertes Netzwerk zur Terrorfinan-

zierung. Peter Dale Scott schrieb dazu in seinem 2015 erschienen Buch „The American Deep State“: „Es ist klar, dass der amerikanische Deep State in Washington während der 80er mit der BCCI zusammenarbeitete und sie schützte.“ Auf Seite 29 seines erhellenden Werks zitiert Scott den ehemaligen CIA-Direktor Richard Kerr, der vor einem Komitee des US-Senats aussagte, dass „die CIA die BCCI für bestimmte geheimdienstliche Tätigkeiten nutzte“. Und auch ein im Dezember 1992 publizierter, 583 Seiten umfassender Bericht zur „BCCI-Affäre“ für den US-Senat dokumentiert das Ausmaß organisierter Kriminalität bei dem als Bank getarnten CIA-Satelliten.

Diese zusammen getragenen Anekdoten zeigen, dass das System der globalen Groß- und Zentralbanken durch und durch verkommen und tief in das internationale organisierte Verbrechen involviert ist. Mehr noch, die Finanzkartelle sind selbst Teil davon. Das globale Finanzcasino zeichnet für nahezu alle Krisen und Kriege der letzten 200 Jahre verantwortlich und die Drahtzieher dahinter blieben stets ungeschoren. Ein wichtiger Schritt, dies zu ändern, wäre zum Beispiel die Aufhebung der Immunität bestimmter Zentralbanker vor Strafverfolgung. Ob das demnächst passieren wird, darf bezweifelt werden.